

Der Widerstand gegen den Nationalsozialismus: Wirkungen in Politik und Gesellschaft der Nachkriegszeit

Hans Maier

I

Im Sommer 1945 – vor 60 Jahren – war Deutschland ein besiegtes Land. Die Städte lagen in Trümmern. Die Menschen drängten sich in zerstörten Häusern und Straßen – alles war beherrscht von der Sorge um Nahrung, Kleidung, Unterkunft, um die geretteten oder noch vermissten Angehörigen. Die Zukunft war ungewiss. Diejenigen, die noch einmal davongekommen waren, in der Heimat, an der Front, auf der Flucht, diesseits und jenseits der ungewiss gewordenen Grenzen, richteten sich erst einmal im Provisorischen ein. Es galt das Prinzip Hoffnung. Man befand sich in einer quasi staatlosen Welt. Vom Überleben fand man mühsam zurück ins Leben.

Wer sich damals im Kreis der Besiegten über Politik Gedanken machte, der hatte buchstäblich von Nullpunkt auszugehen. In der am 8. Mai unterschriebenen Kapitulationsurkunde stand der Satz, Deutschland unterwerfe sich allen Forderungen, „die ihm jetzt oder später auferlegt werden“. Die Menschen in Deutschland akzeptierten das. Es gab keinen Widerstand, es gab keinen Boden für eine Dolchstoßlegende – zu offenkundig war die totale, die unwiderrufliche Niederlage. Karl Jaspers sprach am 15. August 1945 das aus, was viele ähnlich empfanden: „Uns bleibt, unser Verhängnis schlicht auf uns zu nehmen, und dann zu tun, was noch möglich ist: Harte Arbeit auf lange Sicht mit wenig Hoffnung auf unmittelbares Glück“ (Die Wandlung, Heft 1, 1945/46, S. 74).

Dass unter solchen Umständen Parteien neu entstehen könnten, damit rechneten damals nur wenige. Und doch geschah es. Gründungszirkel und –zentren entstanden an vielen Orten. Die Sowjetische Militäradministration ließ als erste in ihrer Besatzungszone die Tätigkeit von Parteien und Gewerkschaften zu – mit der Nebenabsicht, über die Berliner Zentralen neugegründeter Parteien den Parteienbildungsprozess in ganz Deutschland kontrollieren und steuern zu können. So ist der Berliner Aufruf der „Christlich-Demokratischen Union Deutschlands“ vom 26. Juni 1945 das älteste Gründungsdokument der CDU. Dem Berliner Gründerkreis gehörten Protestanten und Katholiken, Wissenschaftler und Gewerkschaftler an – die Namen reichen von Andreas Hermes, Heinrich Krone, Jakob Kaiser, Emil Dovifat, Hans Lukaschek bis zu Otto Nuschke, Walther Schreiber, Ferdinand Friedensburg und Ernst Lemmer. Der zweite Gründungs-Schwerpunkt lag in Köln. Hier ging die Initiative von Leo Schwering und Wilhelm Warschau, die bereits im Frühjahr 1945 Pläne für die politische Neuordnung entwickelten. Wichtig war, dass man sich in Köln gegen die Neugründung des Zentrums entschied und, wie in Berlin, eine Zusammenfassung aller nichtsozialistischen Kräfte anstrebte. Der Zusammenhang zwischen Widerstand und CDU-Gründung tritt hier – wie auch in Düsseldorf und in Westfalen – besonders deutlich hervor. Leo Schwering, Johannes Albers, Karl Zimmermann, Hermann-Josef Schmitt und die Dominikanerpatres Laurentius Siemer und Eberhard Welty kamen aus dem Kölner Widerstandskreis der Christlichen Gewerkschaften. Die rheinisch-westfälischen Gründungen strahlten nach Niedersachsen, nach Schleswig-Holstein und in die Hansestädte aus; hier tauchen die Namen von Hermann Ehlers, Theodor Steltzer, Hans Schlange-Schöningen auf. Endlich gewannen Frankfurt, Stuttgart, Würzburg und

München überregionale Bedeutung in der Entstehung von CDU und CSU – stellvertretend seien Josef Arndgen, Werner Hilpert, Eugen Kogon und Heinrich von Brentano, Adam Stegerwald, Josef Müller und Wilhelm Simpfendorfer genannt. Mit einiger Verspätung – wegen der restriktiven Haltung der Französischen Militärregierung - folgten die Neugründungen im Südwesten und in Rheinland-Pfalz: die Badische Christlich-Soziale Volkspartei in Freiburg, die Christliche Volkspartei Süd-Württemberg in Aulendorf, die verschiedenen christlichen Parteigruppen in der Pfalz und in Rheinhessen - alle erst 1947 endgültig in die CDU einmündend.

„Etwas vereinfacht lässt sich sagen“, so hat Brigitte Kaff die recht komplexen Gründungsvorgänge von 1945-1947 in Nord und Süd, Ost und West zusammengefasst, „dass die Neugründungen der CDU nach Kriegsende vor allem durch die Initiative ehemaliger Zentrumspolitiker und christlicher Gewerkschaftler zustande kam, die Kontakte zu führenden Protestanten des politischen Lebens aufnahmen. Für die Frage der Neugründung oder Fortführung des Zentrums war die Haltung der beiden Kirchen von größter Bedeutung. Während einzelne katholische und evangelische kirchliche Würdenträger der interkonfessionellen Partei positiv bzw. distanziert gegenüberstanden, sprach sich die Konferenz der katholischen Bischöfe in Werl bereits im August 1945 dafür aus, auf Namen und Organisation des Zentrums zugunsten der neu zu gründenden Partei zu verzichten. Ebenso gaben die in Treysa und Frankfurt versammelten Vertreter der Evangelischen Kirche eine positive Stellungnahme zu gemeinsamen politischen Tätigkeiten der Katholiken und Protestanten in der ‚Christlichen Union‘ ab“ (Brigitte Kaff, Eine Volkspartei entsteht - Zirkel und Zentren der Unionsgründung, in: Günter Buchstab / Klaus Gotto, Die Gründung der Union. Traditionen, Entstehung, Repräsentanten, München ²1990, 70-101 [92]).

So entstand die Union - eine Nova am Parteienhimmel. Sie band ihre Anhängerschaft von Anfang an nicht so sehr durch ein - sei es konservatives, sei es reformerisches - Sachprogramm, sondern durch die Artikulation christlicher Grundsätze, durch den politisch-konfessionellen Unionsgedanken und - in der ersten Nachkriegszeit vielleicht am wichtigsten - durch die deutliche Distanz zum Nationalismus und Sozialismus des Dritten Reiches. Insofern passte die neue Partei nicht ins traditionelle Parteienschema, sie war weder links noch rechts im Sinn der soziologisch und programmatisch schärfer umrissenen - freilich auch enger umgrenzten - Weltanschauungsparteien der Weimarer Zeit. Sie begann ihren Weg als eine Volkspartei, als eine Integrationspartei der Mitte.

II

Die Linien, die vom Widerstand im Dritten Reich zur Nachkriegsgeschichte führen, sind oft nachgezeichnet worden - jüngst umfassend in dem von Günter Buchstab, Brigitte Kaff und Hans-Otto Kleinmann herausgegebenen Band „Christliche Demokraten gegen Hitler“ (2004). Der christliche Widerstand war ein Bindeglied zwischen den älteren katholischen und evangelischen Traditionen in Deutschland und der Politik nach 1945. Für meine Generation war diese Verbindung anschaulich sichtbar in Gestalten wie Jakob Kaiser, Alois Hundhammer, Josef Müller, Hans Lukaschek, Eugen Gerstenmaier, Adam Stegerwald, die zu den Gründerfiguren der Bundesrepublik gehörten. Persönlich konnte ich in meiner Studenten- und Dozentenzeit noch Menschen kennenlernen, die an exponierter Stelle Widerstand geleistet hatten: Gertrud Luckner, Georg Thurmair, Heinz Bollinger und Constantin von Dietze. Gerhard Ritter wurde einer meiner historischen Lehrer. Er hat uns Studenten in den fünfziger Jahren oft erzählt, wie er - in Berlin-Moabit gefangen - im April 1945 von den Russen befreit wurde und wie die

Häftlinge, die überlebt hatten, Protestanten und Katholiken, einander umarmten und gelobten, künftig zum Wohl des Staates zusammenzuarbeiten - anders als in der Weimarer Republik. Wörtlich: „Das war der Anfang der CDU!“ Ähnliches berichtete Theodor Steltzer über den Auszug der Häftlinge aus dem Gefängnis Lehrter Straße Ende April 1945 - hier ist der Bogen noch weiter gespannt. „Einige gewandte jüngere Leute hatten zwei Wagen für unser Gepäck aufgetrieben, die so groß waren, dass sie von mehreren gezogen und geschoben werden mussten. Auf dem einen Wagen saß der frühere Reichswehrminister Gustav Noske, auf dem anderen Wagen der pommersche Gutsbesitzer von Zitzewitz-Muttrin, die beide nicht in der Lage waren, weite Strecken zu gehen. Und so ergab sich ein langer Marsch, auf dem wir anderen diesen Wagen einträchtig zogen und schoben. Ich sehe noch unseren...Freund, den früheren Reichsernährungsminister Andreas Hermes, wie er energisch in die Speichen des Wagens griff, auf dem sein früherer politischer Gegner Zitzewitz saß. So wurde mir dieser Auszug das Bild eines zukünftigen Miteinanders...“ (Theodor Steltzer, Der Geist des Widerstandes. Gedenkrede von Ministerpräsident a.D. Theodor Steltzer am 20. Juli 1960 im Ehrenhof des Bendlerblocks in der Stauffenbergstraße, Berlin, S. 5).

Nicht dass „der Widerstand“ überall so problemlos in die parteipolitischen Neubildungen der Nachkriegszeit eingegangen wäre, wie es im Licht dieses Aufbruchs am Ende des Krieges erscheinen mochte. Die „ideelle Gründung der Union“ in den Gefängnissen und Konzentrationslagern des Dritten Reiches war *eine* Sache, die daraus zu ziehenden Folgerungen waren eine *andere*, beide konnten auseinandergehen.

Bei näherem Zusehen ergibt ein differenziertes, aus vielen Facetten zusammengesetztes Bild. Personengeschichte, Zeitgeschichte, regionale und soziale Faktoren spielen eine Rolle. Geduldige biographische Einzelforschung ist nötig, wenn man einen Gesamteindruck gewinnen will. Die Beteiligten hatten im NS-Staat verschiedene Erfahrungen gemacht, verschiedene Haltungen eingenommen - von schlichter Nonkonformität bis zu aktiver Verweigerung, vom steten Denken an die „Stunde danach“ (unter Absehen von konkreten Aktionen in der Gegenwart) bis zu Sabotage, Kampf, Umsturz, Attentat. Typisch für die beiden Pole des Widerstands sind der Kreisauer Kreis und die Verschwörer des 20. Juli. Aus den verschiedenartigen, wenn auch sich berührenden und manchmal überschneidenden Positionen der Resistenz im Dritten Reich ergaben sich auch mannigfache und unterschiedliche Wege in die politische Mitverantwortung nach dem Krieg. Das Spektrum reicht von Älteren, die schon in der Weimarer Republik Verantwortung trugen, bis zu Jüngeren, die unmittelbar aus dem Erlebnis des Dritten Reiches zu einer Haltung des Widerstands fanden: Militärs, Adelige, Kirchenleute, Publizisten, Rechtsanwälte, Künstler. Von ihnen engagierten sich nach dem Krieg überdurchschnittlich viele beim politischen Wiederaufbau: in den Kommunen, in den Ländern, im Bund, in der europäischen Bewegung - daneben auch in den Kirchen, in sozialen und caritativen Organisationen, in der Rechtspflege, in der Publizistik. Der politische Wiederaufbau nach dem Krieg ist ohne dieses breite und vielfältige Engagement der Überlebenden des Widerstandes denken.

Aber selbstverständlich gab es im geteilten Deutschland unter den Widerstandskämpfern aus christlichem Geist auch solche, die mit der Nachkriegspolitik im Westen ihre Schwierigkeiten hatten - sei es, dass sie Adenauers Politik der Westintegration ablehnten, sei es, dass sie meinten, die deutsche Einheit habe Vorrang vor allen anderen Zielen und sei selbst um den Preis einer Neutralisierung Deutschlands anzustreben, sei es, dass sie Pazifisten oder doch zumindest Gegner

eines deutschen Wehrbeitrags waren. Auf protestantischer Seite nenne ich als prominente Beispiele Martin Niemöller und Gustav Heinemann, auf katholischer Seite Reinhold Schneider. Auch sie und ihre von der Mehrheit deutlich abweichenden Optionen gehören zum Gesamtbild des Widerstands in der Nachkriegszeit dazu.

Hinzu kamen unterschiedliche Perspektiven in der inneren und in der äußeren Emigration. Bedeutende Figuren der Emigration wie Heinrich Brüning und Joseph Wirth blieben der Union (und speziell ihrer Europapolitik) fern, während die SPD bekanntlich führende Emigranten wie Ernst Reuter, Max Brauer, Wilhelm Hoegner und Willy Brandt in wichtige politische Stellungen bringen konnte. Das hatte viele Gründe; ausschlaggebend war wohl, dass die Sozialdemokraten in der Nachkriegszeit zunächst stärker bei ihren Weimarer Positionen verharrten und so den Zurückgekehrten einen bekannten und vertrauten Anblick boten, der zur Identifikation einlud (das änderte sich erst mit dem Godesberger Programm!). Die Kontinuität des nationalstaatlichen Denkens und Fühlens, die relative Distanz zu neuen europäischen Initiativen blieb in der SPD zur Zeit von Kurt Schumacher und Erich Ollenhauer ebenso vorherrschend wie die überlieferte sozialistische Haltung, die in den Nöten der Nachkriegszeit sogar eine Verstärkung erfuhr.

Dagegen bezog die CDU/CSU schon wesentlich früher neue Stellungen in der Wirtschafts- und Sozialpolitik, in der Verfassungspolitik und vor allem in der Außenpolitik. Das löste bei Emigranten nicht selten Irritationen aus – Heinrich Brüning ist nur das bekannteste Beispiel. Doch als neue Partei konnte die CDU/CSU nicht ohne weiteres vom Rückgriff auf Traditionen leben. Sie musste neue weiterführende Perspektiven entwickeln. Die Verschmelzung früher getrennter evangelischer und katholischer Traditionen, die Notwendigkeit einer zeitgemäßen Wirtschafts- und Sozialpolitik, die Erfordernisse internationaler Zusammenarbeit im freien Teil Europas, das erforderliche Minimum an militärischer Sicherheit im „Kalten Krieg“ - das alles verlangte nach grundlegenden Neuorientierungen.

Nicht alles, was sich in diesem Prozess des Neudenkens und Neubeginns herausbildete, ließ sich bruchlos mit den Erfahrungen des Widerstands verbinden. Aber in vielem, ja im meisten ergaben sich doch deutliche Konvergenzen, so dass man viele Erscheinungen der Nachkriegspolitik als Fortsetzung der im Widerstand gewonnenen Positionen ansehen kann - ungeachtet der nicht zu leugnenden „vordemokratischen“ Prägung mancher Widerstandskämpfer, die vielfach noch in autoritären und obrigkeitsstaatlichen Strukturen und Traditionen aufgewachsen waren.

Das führte dazu, dass sich Widerstand und Nachkriegsdemokratie im öffentlichen Bewusstsein verschränkten. So wurde die Erinnerung an den 20. Juli 1944 nach anfänglichen Schwierigkeiten zum festen Bestandteil der deutschen Gedächtniskultur nach 1945 - und damit eine Haltung zum Staat, die kompromisslos mit alten obrigkeitlichen Verhaltensmustern brach. Die Weiße Rose - und in ihr speziell das Geschwisterpaar Hans und Sophie Scholl – rückte in die Mitte der nationalen Erinnerung; die Reinheit ihres Zeugnisses beeindruckte vor allem junge Menschen. Christliche Martyrer wie Alfred Delp und Dietrich Bonhoeffer bezeugten den christlichen Widerstand gegen den NS-Staat. Die Taten dieser Widerstandskämpfer - auch wenn ihnen realpolitischer Erfolg versagt geblieben war - wirkten weiter: sie wurden exemplarisch für das Selbstverständnis, die Moral des neuen Staatswesens; ihr Zeugnis bewirkte, dass Menschenwürde und Menschenrechte, Freiheit und

Gewaltenteilung und die strikte Absage an jeden Totalitarismus im Verfassungsleben des neuen Deutschland zentrale Bedeutung erhielten.

III

Konzeptionell sind die stärksten Anstöße für die Nachkriegspolitik wohl von jenen Widerstandsgruppen ausgegangen, die sich mit der Zukunft, der Zeit nach dem Nationalsozialismus, beschäftigten. Hier spielen der Kreisauer Kreis, die Freiburger Kreise der Wirtschaftspolitik, Juristengruppen, die Fragen der Menschenrechte, der künftigen Verfassung, des Widerstandes erörterten, und nicht zuletzt die Zeitdeutungen von Theologen, Philosophen, Historikern, Publizisten eine Rolle.

Fragt man nach der stärksten Kontinuität zwischen Widerstand und Nachkriegsdemokratie, so wird man wohl das Rechtsdenken in den Vordergrund stellen. Helmuth James Graf von Moltke begann seine Aktivitäten im Widerstand als Sachverständiger für Kriegs- und Völkerrecht im Amt Ausland! Abwehr des Oberkommandos der Wehrmacht in Berlin. Er engagierte sich für die Einhaltung des Völkerrechts, für die humane Behandlung der Kriegsgefangenen. In seinen Kontakten mit den Münchner Jesuiten spielte der Gedanke eines „Jus nativum“ - diese Formel erfand Delp für das Naturrecht - eine zentrale Rolle. In den Denkschriften des Kreisauer Kreises ging es ganz konkret um das Verhältnis von Staat und Recht - um den Rechtsstaat, der an die Stelle des Macht- und Willkürstaates treten sollte. Auch bei anderen Juristen im Widerstand - erinnert sei an Hans Peters und Paulus van Husen - steht das Verhältnis von Staat und Recht im Mittelpunkt. Und wie intensiv und schmerzlich die Probleme des Widerstands und seiner Konsequenzen (bis hin zum Tyrannenmord) die Attentäter des 20. Juli beherrschten, ist bekannt.

Bekanntlich trat die Bundesrepublik Deutschland als Rechtsstaat, ja als Rechtswegestaat ins Leben. Das Recht wurde zur politischen Substanz des neuen Gemeinwesens. An die Stelle des nationalsozialistischen Unrechtsstaates, aber auch des alten Obrigkeitsstaates trat ein Staat auf gleicher Augenhöhe – ein Staat ohne Arcana und Geheimverliese, ein Staat, dessen Handlungen der Bürger vor Gericht anfechten konnte. Vieles, was im Kreis der Widerstandskämpfer erörtert worden war, fand sich wieder in den Bestimmungen des Grundgesetzes. Hier ist die Kontinuität - auch zu unserer älteren Geschichte und zu spezifisch deutschen Traditionen der Freiheit und der Selbstverwaltung - am dichtesten.

Um das Recht und seine ordnende Kompetenz ging es auch in den Freiburger Kreisen um Constantin von Dietze, Adolf Lampe und Gerhard Ritter, die an die ältere Zusammenarbeit von Juristen und Nationalökonomien vor dem Krieg anknüpften. Sie standen mit Dietrich Bonhoeffer und Carl Goerdeler in Verbindung. Hier wurde nach Alternativen zur Planwirtschaft gesucht, nach der Freisetzung wie nach der Ordnung der Wirtschaft. Hier wurde das neue Konzept der „sozialen Marktwirtschaft“ entwickelt, das später in der jungen Bundesrepublik große Bedeutung gewinnen sollte.

Die Freiburger verstanden sich von Anfang an nicht als Neoliberale, sondern als Ordoliberaler („Ordo. Jahrbuch für Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft“ hieß das in der Nachkriegszeit von ihnen herausgegebene Organ). Sie grenzten sich vom älteren Liberalismus, von den „Paläoliberalen“ ab. Eine „Marktwirtschaft ohne Adjektive“ wäre ihnen als Greuel erschienen. Sie wollten die unentbehrliche Schwungkraft der Wirtschaft, ihren wohlverstandenen Egoismus nutzen, da ohne wirtschaftliche Dynamik

alles in Reglementierung und Unfreiheit zu verfallen drohe. Aber die Wirtschaft brauche eine Ordnung, so argumentierten sie: rechtliche Rahmendaten, vorgegeben durch den Staat, seien nötig, damit der Wettbewerb funktioniere; vor allem brauche es ein starkes Kartellrecht - sonst herrsche der naturhafte Zugriff der schnellsten und größten Hände.

Es ist ein wohlbekanntes Kapitel der Geschichte, wie sich die „Freiburger Schule der Nationalökonomie“ - Walter Eucken, Franz Boehm, Hans Grossmann-Doerth - in der Nachkriegszeit auf der ganzen Linie durchsetzte. Dies war vor allem das Werk Ludwig Erhards. Seine Politik brachte den Deutschen einen bis dahin nie gekannten Massenwohlstand. Fast vergessen ist aber, dass die Theorie der sozialen Marktwirtschaft auf dem Boden strenger protestantischer Ethik erwuchs und dass ihre Schöpfer ein waches Gefühl für die nicht-ökonomischen Voraussetzungen der Wirtschaft hatten. Eins der meistverbreiteten Bücher jener Jahre, geschrieben von einem überzeugten Marktwirtschaftler - Wilhelm Röpke - , trug den Titel „Jenseits von Angebot und Nachfrage“. Darin stehen die Sätze: „Die Marktwirtschaft ist nicht alles. Sie muss in einen höheren Gesamtzusammenhang eingebettet sein, der nicht auf Angebot und Nachfrage, freien Preisen und Wettbewerb beruhen kann. Sie muss vom festen Rahmen einer Gesamtordnung gehalten sein, die nicht nur die Unvollkommenheiten und Härten der Wirtschaftsfreiheit durch Gesetze korrigiert, sondern auch dem Menschen die seiner Natur gemäße Existenz nicht verweigert. Der Mensch aber kann nur dann volle Erfüllung seiner Natur finden, wenn er sich willig einer Gemeinschaft einfügen und sich ihr solidarisch verbunden fühlen kann. Sonst führt er eine elende Existenz, und er weiß es.“ Röpke erinnerte daran, dass es für kritische Situationen im Wirtschaftsleben „sittlicher Reserven außerökonomischer Art“ bedürfe. Er hob auch die Notwendigkeit der persönlichen Hingabe, des Opfers hervor: das Tun der heiligen Elisabeth sei mehr gewesen als „Dienst am Kunden“.

Die dritte Linie, die vom Widerstand im Dritten Reich zur Nachkriegszeit führt, ist das Bekenntnis zur internationalen Zusammenarbeit und zum Zusammenschluss Europas. Das ist umso bemerkenswerter, als viele der aktivsten Widerstandskämpfer deutsche Patrioten - einige auch deutsche Nationalisten - waren. Aber sie überwandten diesen Nationalismus in sich, sie bekannnten sich zur Völkerverständigung, sie entwarfen Pläne für eine Zusammenarbeit in Europa, ja für eine europäische Integration. Ähnlich war es bei den ersten europäischen Initiativen in der Nachkriegszeit, die von Schuman, De Gasperi, Adenauer, Bech ausgingen - hier haben alte persönliche Beziehungen katholischer Parlamentarier über die Grenzen hinweg eine maßgebliche Rolle gespielt. Auch die Paneuropa-Bewegung, zwischen den Kriegen ohne große Bedeutung, erreichte nach 1945 eine breitere Öffentlichkeit: aus ihrem Ideenvorrat kamen die zwölf Sterne der apokalyptischen Stadt in die europäische Flagge. Auf paradoxe Weise wurden sogar manchmal im Krieg Gefängnisse und Konzentrationslager zu Orten übernationaler Begegnung: Eugen Kogon, Jorge Semprun und Joseph Rovon haben das an Beispielen aus Buchenwald und Dachau geschildert.

Entscheidend war, dass es im Widerstand - so schwierig die Kommunikationsbedingungen waren - zu Brückenschlägen kam: Brückenschlägen zwischen Katholiken und Protestanten, zwischen Konservativen und Sozialisten, zwischen Industriellen und Gewerkschaftlern, zwischen Arbeitern und Offizieren. Das war in dieser Form vorher nicht denkbar. In der Weimarer Demokratie saßen die einzelnen Gruppen noch in ihren Gräben und Türmen. Minoritäten verschanzten sich gegeneinander. Man war wenig bereit, sich auf Gespräche, auf langfristige

Zusammenarbeit einzulassen. Das Gefühl „Wir müssen aus dem Turm heraus!“ äußerte sich beim einen oder anderen, aber es war nicht allgemein verbreitet.

Erst der Kampf gegen den Nationalsozialismus führte dazu, dass diese Haltung der Defensive, der wechselseitigen Abgrenzung schwand: der Horizont erweiterte sich, man lernte sich mit den Augen des anderen zu sehen, die Gesprächs- und Kooperationsbereitschaft wuchs. Zugleich verschwanden die alten Vorbehalte gegenüber dem demokratischen Staat und die in eine vage Zukunft gerichteten Erwartungen an eine andere, eine stärker katholisch oder protestantisch oder liberal oder sozialistisch geprägte Republik. Man nahm wieder unvoreingenommener den Staat in seiner konkreten Verfassung wahr, man entdeckte die umfassende, nicht nur partielle, auf Teilloyalitäten gegründete Verantwortung der Bürger für das Gemeinwesen.

Im Lauf der Nachkriegszeit schmolz bei der Union vieles Anfänglich-Utopische ab. Ein politischer Realismus bildete sich heraus - das eigentliche Charakterikum der Adenauer-Ära. Drei Grundentscheidungen bestimmten die Richtung. Erstens stufte die CDU/CSU als Unionspartei bewusst die überlieferte katholisch-naturrechtliche Tradition, wie sie etwa im rivalisierenden Zentrum weiterlebte, auf die für evangelische Christen und Liberale tolerable Höhe herab, sie öffnete sich, um den Evangelischen eine politische Heimat zu bieten, stärker liberalem und nationalem Denken, sie rückte gegenüber dem Weimarer Zentrum zur Mitte und nach rechts. Zweitens entschloss sie sich nach dem Erfolg der Erhardschen Wirtschaftspolitik: zur Übernahme der ordoliberalen Ideen – ein Vorgang, der von evangelischen Christen geprägten „Freiburger Schule“ vorbereitet worden war. Drittens: kehrte sie sich mit zunehmender Deutlichkeit von Vorstellungen einer deutschen Vermittlungsfunktion, einer Schaukelpolitik zwischen Ost und West ab und optierte für eine europäische Integrationspolitik, eine atlantische Bündnispolitik - auch dies eine Neuorientierung gegenüber Positionen der Zeit der Weimarer Republik.

Der Sieg des Unionsgedankens überwand die „splendid isolation“ einer strukturell minoritären Konfessionspartei. Das marktwirtschaftliche Denken lockerte weltanschaulich erstarrte Klassenkampffronten und öffnete den Weg für einen freien Markt und einen bis dahin nicht gekannten „Wohlstand für alle“. Und schließlich gab die europäische und atlantische Bündnispolitik dem prekären Gebilde Bundesrepublik eine feste Verankerung in der westlichen Welt.

Das hatte Bedeutung für die Zukunft: 1989/90 konnte der Prozess der Wiedervereinigung sich in geordneten Strukturen vollziehen - ohne Rückfälle in nationalistisches Denken, ja sogar begleitet von einer Beschleunigung und Intensivierung der europäischen Integration. Das zeigte endgültig, dass „Bonn nicht Weimar“ war - aber Europa auch nicht mehr das Europa der zwanziger und dreißiger Jahre. Zu diesem Um- und Neudenken hatte der Kampf vieler mutiger Männer und Frauen gegen das NS-Regime maßgebend beigetragen. Von der neuen Haltung zu Staat und Politik, die im Widerstand erwuchs, zehren wir bis heute.